

Heiner Geißler:

Wir liegen gut im Rennen

Aber die Wahl ist noch nicht gewonnen

Die SPD-Beschwörungsformel von der absoluten Mehrheit soll davon ablenken, daß die SPD — wenn überhaupt — nur mit Hilfe der Grünen eine Chance hätte, an die Regierung zu kommen, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler auf einer Pressekonferenz in Bonn zur Lage der SPD und zur Wahlkampfführung der CDU. Aus folgenden Gründen ist das Ziel der absoluten SPD-Mehrheit von Anfang an unrealistisch gewesen, was sich durch die Wahlergebnisse in Bayern und Hamburg nur noch zusätzlich bestätigt hat:

- Die SPD ist eine strukturelle Minderheitspartei. Das Durchschnittsergebnis der SPD betrug bei den Bundestagswahlen seit 1969 42,4 %. Bei der letzten Bundestagswahl erreichten die Sozialdemokraten 38,2 %. In den Umfragen der letzten Wochen und Monate pendelt die SPD um 40 %. Es ist völlig ausgeschlossen und abwegig, daß die SPD noch bis zur Wahl ca. 10 % zulegen könnte.
- Die Politik der SPD läßt keine klare Linie erkennen, weil rechte Sozialdemokraten und rot-grüne Sozialisten in der SPD sich gegenseitig bekämpfen. Die ursprüngliche Strategie von Rau, Wähler der Mitte zu gewinnen, ist mit dem Nürnberger Linksruck der SPD gescheitert. Die andere SPD-Strategie, Grünen-Wähler für die SPD zu gewinnen, konzipiert von Willy Brandt, ist auch gescheitert, weil die SPD grüne Positionen nicht radikal genug vertreten kann.
- Drei Viertel aller SPD-Anhänger glauben selbst nicht an die absolute Mehrheit der eigenen Partei. Und der baden-württembergische SPD-Spitzenkandidat Spöri meinte kürzlich treffend: „An eine absolute Mehrheit der SPD bei der Bundestagswahl hat niemand geglaubt.“ (Stuttgarter Zeitung vom 13. 11. 1986)

Seit der Landtagswahl in Hamburg geben immer mehr führende Leute in der SPD zu, daß die absolute Mehrheit unrealistisch ist; sie haben deshalb die Parole ausgegeben: Jetzt müsse die absolute Mehrheit der Union verhindert

werden. In diesem Sinne äußerten sich Willy Brandt, Peter Glotz, Johannes Rau allerdings meinte am 14. 11. immer noch: „Wir kämpfen um eine Mehrheit, um Helmut Kohl abzulösen.“ Und am selben Tag meint Präsidiumsmitglied Egon Bahr im Vorwärts: „Wir kämpfen nicht mehr um die Mehrheit, wir müssen die absolute Mehrheit der Union verhindern.“ Schon sehr früh hatte Helmut Schmidt darauf hingewiesen: „Keine Partei wird im Jahr 1987 in der Lage sein, allein zu regieren.“ (Quick, 30. 10. 1985) Und Willy Brandt hatte gemeint: „Auch 43% wären ein schöner Erfolg.“ (Die Zeit, 25. 7. 1986).

Fazit: Johannes Rau ist in seiner eigenen Partei isoliert. Noch nicht 'mal sein Wahlziel wird von der Partei geglaubt und unterstützt. Die engsten Vertrauten Raus, Clement und Hombach, haben sich aus der zentralen Wahlkampfführung zurückgezogen. Und ausgerechnet Peter Glotz, der in der Wahlkampfstrategie nicht mit Rau übereinstimmt, hat als „Konkursverwalter“ die Verantwortung für die Wahlkampfführung übernommen.

SPD-Kandidat Rau ist ein Feldherr ohne Strategie, dessen Truppen ihm nicht mehr folgen und an seinen Sieg nicht mehr glauben. Denn die rechten Sozialdemokraten hat Rau dadurch verprellt, daß er sich in Nürnberg nach links bewegt und Forderungen des linken Flügels akzeptiert hat; und die rot-grünen Sozialisten in der SPD hat er verprellt, weil er nach wie vor die von ihnen befürwortete Koalition mit den Grünen ablehnt und statt dessen das Phantomziel der absoluten SPD-Mehrheit propagiert.

Die Wähler der SPD haben einen Anspruch darauf, vor der Wahl zu erfahren, wozu ihre Stimme benutzt wird. Mit seiner Selbstbeschwörungsformel „absolute Mehrheit“ wird Rau — ob er will oder nicht — zum Strohmann für einen rot-grünen Pakt. Denn wenn SPD und Grüne zusammen eine Mehrheit erreichen, würden sie — mit welchem Kanzlerkandidaten auch immer — versuchen, die Regierung Helmut Kohl abzulösen. Deshalb hat die SPD-interne Diskussion der letzten Tage noch einmal eindeutig bestätigt: Die Bundestagswahl 1987 ist eine politische Richtungsentscheidung zwischen dem Lager der Regierungsparteien unter Führung der Union und dem rot-grünen Lager.

Zum Wahlkampf der CDU

Heute in 69 Tagen wird ein neuer Bundestag gewählt. Fazit unserer bisherigen Zwischenbilanz: Die CDU liegt gut im Rennen. Aber die Wahl ist noch nicht gewonnen. Deshalb setzt die CDU auch in der nächsten Zeit auf Information und Argumentation über die Richtungsentscheidung am 25. Januar 1987. Die verbleibende Zeit des Bundestagswahlkampfes gliedern wir in

- die Phase der Information und Argumentation bis Weihnachten,

- eine die Festtage begleitende Sympathiewerbung,
- die heiße Schlußphase ab 4. Januar.

1. Der Wahlkampf bis Weihnachten:

Schwerpunkte des Wahlkampfes bis Mitte Dezember sind folgende Maßnahmen:

■ Eine Kette von Großveranstaltungen, die sich an gesellschaftlich relevante Bevölkerungsgruppen wenden (Landwirte, Frauen, Senioren, Mittelstand, Jugend, Arbeitnehmer).

■ Anzeigenkampagnen:

a) Eine Serie von Anzeigen in der überregionalen Presse: Darstellung von Erfolgen und Zukunftszügen unserer Politik.

b) Gezielte Ansprache von Frauen, Senioren und Landwirten in Zeitungen und Zeitschriften, die von diesen Bevölkerungsgruppen bevorzugt gelesen werden.

■ Breite Verteilung der zweiten Kandidatenzeitung in einer Auflage von rund 10 Millionen Exemplaren durch die Wahlkreiskandidaten.

■ Bundesausschuß am 8. Dezember in Bonn. Der „Kleine Parteitag“ wird die Kompetenz der CDU für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes verdeutlichen.

2. Advents- und Weihnachtszeit:

Dieser besinnlichen Zeit entsprechend beschränkt sich die CDU auf eine Sympathiewerbung. Sichtbarster Ausdruck dafür ist der Wunsch für eine „Frohe Zukunft“ auf unserem neuen Plakat.

3. Auftakt des heißen Wahlkampfes am 4. Januar:

Mit einer zentralen Wahlkampferöffnung am 4. Januar in der Dortmunder Westfalenhalle geht die CDU in den Endspurt. Hauptredner dieser Großkundgebung mit Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet sind Bundeskanzler Helmut Kohl und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß.

Die gegenwärtig gute Ausgangsposition der CDU für einen Wahlsieg am 25. Januar 1987 ist kein Zufallsprodukt. Bereits Mitte des Jahres wurde mit der Auftaktkampagne „Weiter so Deutschland“ dafür der Grundstein gelegt.

Vorwahlkampf

1. Mit der Auftaktkampagne „Weiter so Deutschland“ (Mitte August bis Ende

September 1986) hat die CDU ihre Leistungen und ihre Kompetenz zur Lösung der zentralen politischen Probleme herausgestellt. Diese Kampagne starteten wir mit einer bundesweiten Plakataktion. Wir konzentrierten uns dabei vor allem auf die Vermittlung von drei Botschaften: Stabile Preise, sichere Renten, mehr Arbeitsplätze.

In sieben **Regionalkonferenzen** mit insgesamt 11 400 Teilnehmern wurden die Funktions- und Mandatsträger der CDU auf den Wahlkampf eingestimmt.

Diese Kampagne war ein durchschlagender Erfolg. Dazu hat auch die SPD beigetragen. Rau hat sich auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg intensiv mit dem Slogan der CDU beschäftigt, ebenso wie Vogel in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag. Entscheidend für den Erfolg der Aktion waren aber vor allem zwei Sachverhalte: Die Leistungen der Bundesregierung sind für die Bürger konkret spürbar und die Kampagne konnte aufbauen auf einer zunehmend positiven Grundstimmung, die sich in der Bevölkerung ausbreitet.

2. Informations- und Argumentationsmaterialien

Im Rahmen der Auftaktkampagne wurde eine erste **Kandidatenzeitung** mit einer Auflage von 12 Millionen Exemplaren durch die Wahlkreiskandidaten verteilt.

Als weitere Verteilmaterialien standen sieben Broschüren und zwei Faltblätter „**20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl**“ und „**20 Minuspunkte der SPD**“ zur Verfügung. Diese beiden Verteilmittel erwiesen sich als besonders erfolgreich und erreichten eine Auflage von 1,5 Millionen.

Hauptwahlkampf

Aufbauend auf die Informations- und Mobilisierungskampagne im Vorwahlkampf haben wir mit dem Bundesparteitag in Mainz (7.—8. Oktober 1986) den Hauptwahlkampf mit einer Zukunftskampagne eröffnet, der den Zeitraum bis einschließlich Weihnachten einbezieht. Dabei geht es vor allem darum, im Dialog mit dem Bürger Kompetenz und Leistung der Bundesregierung mit den Perspektiven unserer Politik zu verbinden.

Zukunftsgestaltung braucht ein solides Fundament. Dieses haben wir in der zu Ende gehenden Legislaturperiode geschaffen. Die Umfragen zeigen, daß es uns gelungen ist, die Kompetenz für die Zukunftsgestaltung zu gewinnen. Der Slogan „Weiter so Deutschland“, der im Vorwahlkampf die Kampagnen begleitete, steht auch als Überschrift über den Kampagnen des Hauptwahlkampfes.

1. Mit dem auf unserem Bundesparteitag in Mainz verabschiedeten **Zukunftsmanifest** zeigen wir die großen Linien einer zukunftsorientierten Politik auf. Die CDU ist die Partei der Zukunft.

Wir stehen in einem wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandel, dessen Bewältigung und Gestaltung über die nächste Legislaturperiode hinaus alle Kräfte erfordern wird. Die Bundesrepublik Deutschland muß auch in Zukunft ein modernes, leistungsfähiges und soziales Industrieland bleiben, das wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen stellt.

2. Das Wahlprogramm der Union (siehe UiD 36/86) beschreibt die konkreten politischen Vorhaben für die kommende Legislaturperiode: Fortsetzung des Ost-West-Dialoges und der Abrüstung auf der Grundlage eines einigen und starken westlichen Bündnisses. Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Gewalt und Terrorismus; in der Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik stehen ein Steuernenkungsprogramm, die Fortführung unserer soliden Haushaltspolitik, die Stärkung des Mittelstandes, die Sicherung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit und mehr Arbeitsplätze im Vordergrund; die weitere Stärkung der Familien wird fortgesetzt, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub werden ausgebaut, die soziale Sicherung bei Pflegebedürftigkeit wird geregelt.

3. Wahlkampfauftritte von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl steht im Zentrum unseres Wahlkampfes. In insgesamt 61 Großveranstaltungen spricht er vor mehr als einer halben Million Bürgern. Allein bei Wahlkampfreisen durch Schleswig-Holstein Ende Juni und durch Ostbayern Ende August erlebten ihn mehr als 100 000 Bürger „hautnah“.

In den Monaten Dezember und Januar stehen noch 24 Veranstaltungen bevor. Danach wird der Bundeskanzler 250 000 km zurückgelegt und die Bundesrepublik flächendeckend bereist haben.

4. In acht Großveranstaltungen in Oldenburg, Koblenz, Offenburg, Düsseldorf, Köln, Hannover, Freiburg und Stuttgart mit etwa 40 000 Teilnehmern wendet sich die CDU an wichtige Gruppen unserer Gesellschaft. Mit Frauen, Senioren, Landwirten, Arbeitnehmern, jungen Menschen und dem selbständigen Mittelstand führt die CDU einen Dialog, da wir sie gewinnen wollen, mit uns gemeinsam an der Gestaltung der Zukunft zu arbeiten:

- Ohne **Frauen** ist kein Staat zu machen. Frauen sind in unserer Gesellschaft zwar rechtlich gleichgestellt, faktisch aber immer noch benachteiligt. Unser Ziel ist die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau und echte Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen.
- Der Altersaufbau unserer Gesellschaft verändert sich. Die Zahl der **Senioren** nimmt zu. Darunter sind immer mehr hochbetagte, aber auch immer mehr aktive ältere Mitbürger. Für sie müssen neue Formen und neue

Möglichkeiten der Mitwirkung geschaffen werden. Eine humane Zukunftsgesellschaft kann auf die Erfahrung des Alters nicht verzichten.

- Ohne eine funktionsfähige **Landwirtschaft** und leistungsfähige Familienbetriebe können weder die Versorgung mit Nahrungsmitteln noch die Erhaltung der Kulturlandschaft und einer lebenswerten Heimat gesichert werden. Deshalb brauchen wir neue Perspektiven für die Landwirte.
- Unser Land befindet sich in einem tiefgreifenden wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel. Nur mit der Entwicklung neuer Technologien bleiben wir international wettbewerbsfähig, erhalten und schaffen Arbeitsplätze und können Natur und Umwelt wirkungsvoll schützen. Die **Arbeitnehmer** müssen diesen Veränderungsprozeß mittragen. Er kann nur mit den Arbeitnehmern, nicht gegen sie bewältigt werden.
- **Junge Menschen** können heute wieder mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Neue Chancen in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt verbessern ihre Zukunftsperspektiven. Wir stellen heute eine erfreuliche Entwicklung bei Jugendlichen fest. Die „Null-Bock-Mentalität“ ist überwunden. Immer mehr junge Menschen engagieren sich in Vereinen und sozialen Initiativen. Diese Entwicklung wollen wir verstärken und fördern, weil unser Land ohne Jugend keine Zukunft hat und weil für die Gestaltung einer humanen Zukunft Phantasie, Engagement und Kritik der Jugend unverzichtbar sind.
- Der **Mittelstand** ist eine wichtige Säule der Zukunftsgesellschaft. Er ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und zeichnet sich durch Innovationsfähigkeit, Flexibilität und Leistungsbereitschaft aus.

5. Anzeigen

- Im Hauptwahlkampf wollen wir auch ganz gezielt **Meinungsbildner und Multiplikatoren** ansprechen. In allen überregionalen Tageszeitungen und den politischen Wochenzeitschriften werden Anzeigen geschaltet, die unsere politischen Perspektiven verdeutlichen. Wir stellen in diesen Anzeigen auch die Folgen eines rot-grünen Bündnisses dar. Die Anzeigen enthalten einen Coupon, der zum Dialog und zur Anforderung von Informationen auffordert.
- Neben den Meinungsbildnern und Multiplikatoren werden in einer zweiten Anzeigenserie besonders wichtige gesellschaftliche **Zielgruppen** angesprochen: Frauen, Senioren und Landwirte.

Frauenanzeigen:

In Frauenzeitschriften wie z.B. „Brigitte“, „Für Sie“, „Bild der Frau“, „Petra“ usw. werden in vier Anzeigen vor allem die Themenbereiche Neue Partnerschaft, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wiedereingliederung in

den Beruf, Anerkennung der Tätigkeit der Hausfrau und Mutter angesprochen.

Seniorenanzeigen:

In vor allem von Senioren gelesenen Zeitschriften („Bunte“, „TV Hören und Sehen“, „Neues Blatt“, „Neue Post“ usw.) schalten wir drei Anzeigen mit den Schwerpunktthemen: sichere Renten, Geborgenheit und Selbständigkeit im Alter, Anerkennung der Aufbauleistungen der älteren Generation.

Landwirte:

In den Landwirtschaftspublikationen wird Anfang Dezember als Beilage ein vierseitiger Brief des Parteivorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, veröffentlicht, der die Sorgen und Probleme der Menschen im ländlichen Raum aufgreift, unsere Leistungen für die Landwirtschaft in dieser Legislaturperiode und die Perspektiven unserer zukünftigen Agrarpolitik darstellt.

6. Informations- und Werbematerialien:

Seit dem Bundesparteitag steht der Partei eine zwölfseitige Illustrierte über Bundeskanzler Helmut Kohl zur Verfügung, die in einer Startauflage von 4 Millionen Exemplaren über die Parteigliederungen verteilt wird (vorgesehene Gesamtauflage: 6 Millionen).

In diesen Tagen liegt den Wahlkreiskandidaten die zweite Kandidatenzeitung vor, die in einer Gesamtauflage von rund 10 Millionen Exemplaren in die Haushalte verteilt wird.

Für alle Zielgruppen werden besondere Verteilmittel („CDU extra“) zur Verfügung gestellt.

7. Zum ersten Mal werden wir einen Wahlkampf führen, der unmittelbar vor der sogenannten „heißen“ Phase unterbrochen sein wird. Wir wollen die **Weihnachtszeit** von Wahlkampfauseinandersetzungen freihalten. Allerdings wird die CDU in der Öffentlichkeit präsent bleiben durch ein auf die Jahreszeit abgestimmtes **Plakat „Frohe Zukunft“**.

Schlußphase:

Anfang Januar 1987 treten wir in die Entscheidungsphase des Wahlkampfes ein. Der Wähler wird vor die Alternative gestellt, ob eine unionsgeführte Bundesregierung den begonnenen erfolgreichen Weg fortsetzen kann oder ob ein rot-grünes Bündnis diese Entwicklung stoppt und Deutschland in die Krisen und Unsicherheiten der siebziger Jahre zurückfällt. Die

Bundestagswahl ist deshalb eine Richtungswahl, deren Auswirkungen weit über die nächste Legislaturperiode hinausreichen. Vor uns liegen große Aufgaben. Der Wähler muß darüber entscheiden, wem er die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft zutraut: den Verursachern der schwersten wirtschaftlichen und sozialen Krise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland — oder der Union, die unser Land aus der Krise herausgeführt hat.

Wir eröffnen die Schlußphase unseres Wahlkampfes am 4. Januar 1987 mit einer Großveranstaltung in Dortmund, in deren Mittelpunkt Reden des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, und des CSU-Vorsitzenden, Franz Josef Strauß, stehen werden.

Die **Halbzeitbilanz** der Sozialdemokraten ist heute in jeder Hinsicht ein totales Kontrastprogramm zum Zustand der CDU. Nach der verlorenen Bürgerschaftswahl in Hamburg hat Willy Brandt versucht, die Wahlkampfstrategie seiner Partei zu ändern: die SPD sollte nur noch zum Verhinderer einer Unionsmehrheit werden. Hans-Jochen Vogel hat heute vor einer Woche noch eingestanden: „Das Ziel, eigene Mehrheit, ist in weitere Ferne gerückt“ (Frankfurter Rundschau, 12. November 1986). Zwei Tage später sollte das alles nach dem Willen von Kandidat Rau nicht mehr wahr sein: Eine absolute Mehrheit wurde wieder zum Wahlziel der SPD erhoben. Inzwischen ist die Basis der SPD demotiviert, die Partei präsentiert sich dem Wähler personell zerstritten, inhaltlich unglaublich und überdies mit einem Kandidaten, der von sich selbst sagt, daß er träume.

Die CDU ist zur Halbzeit des Bundestagswahlkampfes geschlossen und selbstbewußt. Wir sind in der politischen Offensive. In allen wichtigen Kompetenzbereichen wird der CDU ein Vorsprung vor der SPD zuerkannt. Die CDU hat es geschafft, die Leistungen der von ihr geführten Bundesregierung in der Bevölkerung bewußt zu machen. Der Ausgang der Wahlen in Bayern und Hamburg hat gezeigt, daß es in unserem Land eine breite positive Grundströmung für die Union gibt. Der desolate Zustand der SPD ist für die CDU allerdings kein Anlaß, sich nicht mehr anzustrengen. Wir kämpfen um jede Stimme. Wir werden uns offensiv mit der Alternativlosigkeit der SPD auseinandersetzen. Im Gegensatz zur SPD, die bereits angekündigt hat, daß sie „holzen“ will, werden wir keinen Wahlkampf gegen Personen, sondern einen sachlichen argumentativen Wahlkampf führen, bei dem wir unsere politisch programmatischen Positionen klar darstellen werden.